

sozialdemokratischer pressediens

P/XXVII/238

21. Juli 1972

"Hart, aber fair" - und die Fakten

Notwendige Feststellungen zum Wahlkampf der
CDU/CSU

Von Prof. Dr. Horst Ehmke MdB
Bundesminister und Chef des Bundeskanzleramtes

Seite 1 bis 2a / 98 Zeilen

Zwischen Information und Agitation?

Positionen und Perspektiven für den Fernseh-
wahlkampf 1972

Von Lothar Schwartz
Stellv. Sprecher des SPD-Vorstandes

Seite 3 und 4 / 68 Zeilen

Peking: Das neue Mekka der CDU?

Anmerkungen zur China-Reise Dr. Gerhard
Schröders

Von Kurt Mattick MdB
Vorsitzender des SPD-Fraktionsarbeitskreises
Auswärtige und innorddeutsche Beziehungen

Seite 5 / 34 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Vor dem Vertrag mit Prag

Seite 6 bis 10 / 199 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 886 848 / 886 847
886 848 PFP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

"Hart, aber fair" - und die Fakten

Notwendige Feststellungen zum Wahlkampf der CDU/CSU

Von Prof. Dr. Horst Ehmke MdB

Bundesminister und Chef des Bundeskanzleramtes

Der Parlamentarische CDU/CSU-Fraktionsgeschäftsführer, Olaf von Wrangel, versichert, die Union werde "einen harten, aber fairen Wahlkampf führen". Meine Zweifel in dieser Beziehung seien eine "Unterstellung... durch nichts belegt" (Pressemitteilung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 20. Juli 1972). Herr von Wrangel möge mir gestatten, daß ich im folgenden meine Aussage, die CDU habe ja auch den Wahlkampf in Baden-Württemberg mit Panikmache und Demagogie geführt, mit einigen Zitaten ergänze.

Ministerpräsident Filbinger sagte am 25. März 1972 in Freiburg, wenn die CDU die Wahlen in Baden-Württemberg verliere, gebe es niemand mehr, der dem Marsch der Bonner Koalition in sozialistische Abenteuer den Weg verlegen könnte. Die Bundesregierung sei dabei, "mitten im Frieden zu den Methoden der Kriegsfinanzierung zu greifen" ("Stuttgarter Zeitung" vom 27. März 1972). Der CSU-Pfarrer Hans Roser MdB sagte nach einer Versammlungsmitschrift Ende Januar dieses Jahres im baden-württembergischen Wahlkampf: "Die Ostpolitik von Brandt ist die Westpolitik Rußlands... Wenn die SPD 1973 die Wahl gewinnt, werden das die letzten freien Wahlen in Deutschland gewesen sein." Herr Erich Mende, besonders reputierlicher Politiker "aus christlicher Verantwortung", wärmte diesen Kohi kürzlich mit den Worten auf: "Wenn es bei den nächsten Bundestagswahlen keine CDU-Mehrheit gibt, dann werden dies die letzten freien Wahlen gewesen sein, die es in absehbarer Zeit in der Bundesrepublik gegeben haben wird." ("Frankfurter Rundschau" vom 8. Juli 1972). Schon früher hatte Mende die Politik der Ostverträge mit den Worten kommentiert: "Kommunisten zu werden, das hätten wir früher leichter haben können" ("Frankfurter Neue Presse" vom 31. Januar 1972).

Herr Strauß läßt den "Geist von Vilshofen" wehen, wo und wann er will. Bald bezeichnet er den - inzwischen vom deutschen Parlament verabschiedeten - Vertrag von Moskau als "kalten Staatsstreich" ("Bild" vom 22. April 1972), bald offenbart er: "Die Bundesregierung wagt es doch gar nicht, den Linksradikalismus ernsthaft anzupacken, weil sie die zarten Bande zwischen Bonn und Moskau nicht belasten will" ("Die Welt" vom 29. Mai 1972) und schließlich verkündet er, daß ein großer Teil derjenigen, die sich "gerne als vierte Gewalt" bezeichneten (also der Journalisten), sich "auf dem Wege der Selbstgleichschaltung und der intellektuellen Selbstentmannung in den Chor der jubel-jaulenden Hofhunde eingereiht" habe ("Süddeutsche Zeitung" vom 26. Juni 1972).

Für Herrn von Wrangel mag das alles unter die Kategorie "hart, aber fair" fallen. Womöglich auch die wöchentlichen Auslassungen des "Bayernkurier", der schon bei flüchtigster Durchsicht eine schöne Blütenlese christlich-sozialer Bekenntnisse liefert:

"... selbst diese Bundesrepublik wäre ein anderer Verhandlungspartner, wenn es nicht die Republik der Jusos und Anarchisten, der Porno-Schickeria und der notorischen Wehrdienstverweigerer wäre, und wenn diese sie unterwühlenden Kräfte nicht von einer zur

Volksfront tendierenden Koalition noch geduldet oder abgeschirmt würden" (20. Mai 1972).

"Es liegt doch für jeden Einsichtigen klar auf der Hand, daß diese Regierung die rote Unterwanderung unserer Gesellschaft, einschließlich Mord und permanenter Gewalttätigkeit, einfach deshalb dulden muß, weil sie es sich nicht mehr erlauben kann, die Sowjetunion als hochgelobten und schon unverzichtbaren Vertragspartner noch zu verärgern" (3. Juni 1972).

"Diese Regierung muß die Unterwanderung dulden, wenn sie sich nicht selbst aufgeben will... die Rauschdroge 'menschliche Erleichterungen' tun ihre Wirkung" (8. Juni 1972).

Wie sagte doch der Hauptgeschäftsführer der CDU-Sozialausschüsse, Norbert Blüm, am 12. Juni in einem Interview mit der Nachrichtenagentur Reuter: "Ich will nicht verheimlichen, daß der 'Bayernkurier' nicht gerade Beiträge dazu leistet, unsere Glaubwürdigkeit zu erhöhen. Aber damit muß man leben." Ferner sagte Blüm: "Ich halte Diskussionsbeiträge, die jeden gesellschaftspolitischen Reformgedanken als Sozialismus und Kollektivismus bezeichnen, für nicht der Anstrengung wert, daß man darauf antwortet". Er würde sich auch wohl Überanstrengen. Denn dann müßte er sich nicht nur mit Strauß, sondern auch mit Barzel anlegen, der in der Juni-Ausgabe des "Deutschen Monatsblattes" orakelte: "Nicht nur Bombenleger sind am Werk. Es gibt auch Leute, welche die notwendige außenpolitische Öffnung nach Osten Hand in Hand gehen wollen mit der innenpolitischen Öffnung für den Sozialismus". Einen weiteren Vorgeschmack auf den "harten, aber fairen" Wahlkampf der Union lieferte kürzlich das Juso-Grucical des CDU-Abg. Friedrich Vogel.

Nun versichert Herr von Wrangel, die Wähler würden "rechtzeitig vor dem Wahlkampf das Programm der CDU/CSU bis in

alle Einzelheiten" kennenlernen. Man fragt sich, warum die CDU/CSU ihr politisches Programm den Bürgern bisher so schamhaft verschwiegen hat. Was drei Jahre lang an sachlichen Alternativen zur Politik der sozial-liberalen Koalition gefehlt hat, soll jetzt also für den Wahlkampf auf dem Papier nachgeholt werden. Ich fürchte, die Unions-Parteien müssen sich beim abschreiben beeilen, wenn sie dem Wähler außer Panikmache und Demagogie, außer ihrem kleinsten gemeinsamen Nenner des ständigen "Nein", auch etwas Positives bieten wollen (dem anfangs verpönten und verlachten Begriff "Reform" leisten sie inzwischen längst Lippenbekekenntnisse, und neuerdings tragen sie sogar die "Steigerung der Qualität des Lebens" auf der Zunge, die von den sonst vielgeschmähten, "volksfrontverdächtigen" Gewerkschaften gefordert wurde). Aber vielleicht folgen die christlichen Demokraten einmal dem Rat Robert Blüms und lassen sich an das Ahlener Programm der CDU von 1947 erinnern: "Dieses Ahlener Programm (es forderte die Vergesellschaftung der großen Kapitalgesellschaften) war eine Wegmarkierung. Wer anderswo hinwill, weicht ab von den Gründungsintentionen der CDU" ("Publik-Forum" Nr. 3 vom 24. März 1972).

Schließlich schreibt Herr von Wrangel vom "Konkurs der Regierung und seinen verheerenden Folgen". Und das in einem Land mit einer der härtesten Währungen der Welt, mit Vollbeschäftigung, mit guten Aussichten für das Wirtschaftswachstum, mit - wie gerade die letzten Ergebnisse zeigen - stark steigenden Steuereinnahmen und mit einem guten Abschneiden im internationalen Preisvergleich! In den Köpfen der Opposition nimmt die Wirklichkeit eine ziemlich deformierte Gestalt an. Das wird ihre Hintermänner allerdings kaum davon abhalten, der schon 1969 sieben- bis achtstellig verschuldeten Union mit Millionen und Abermillionen den Wahlkampf zu finanzieren - so, als ob man den Wähler kaufen könnte. Welche Schäfchen wollen die ins Trockene bringen, die der CDU/CSU die leere "Kriegskasse" (Strauß) für die Materialschlachten ihres Wahlkampfes füllen? Aber die Privilegierten dieser Gesellschaft wissen schon, warum sie der CDU/CSU den Wahlkampf bezahlen.

(-/ee/21.7.1972/bgy)

+ + +

Zwischen Information und Agitation?

Positionen und Perspektiven für den Fernsehwahlkampf 1972

Von Lothar Schwartz

Stellv. Sprecher des SPD-Vorstandes

Auch der vorgezogene Fernseh-Wahlkampf in diesem Herbst wirft schon seine Schatten voraus. Die beiden TV-Netze und die im Bundestag vertretenen Parteien haben das formale Gerüst für die Bildschirm-Werbung um Wählergunst bereits skizziert. Wenn die am 5. Juli ausgehandelte Vereinbarung das Placet der Beschlußorgane von ARD, ZDF und der Parteivorstände von CDU, FDP und SPD findet - womit zu rechnen ist -, dann wird es in einem Zeitraum von fünf bis sechs Wochen vor dem Wahltermin für die CDU und SPD je Fernsehprogramm (ARD und ZDF) neun Spots von zweieinhalb Minuten Länge und für die FDP und CSU je fünf solche Wahlspots geben. Sie werden jeweils nach den Hauptausgaben der Nachrichtensendungen von ARD und ZDF, also in der Regel um 20 Uhr 15, ausgestrahlt.

Unter dem Strich haben demnach Oppositions- und Koalitionsparteien jeweils 14 Möglichkeiten zur Selbstdarstellung bzw. "Verkündigung" im Wahlkampf. Dieses "Bildschirm-Patt" verdankt die Opposition der recht kuriosen Tatsache, daß die nur in Bayern wählbare CSU aufgrund des Parteiengesetzes bundesweite Mattscheiben-Präsenz in Bundeswahlkämpfen beanspruchen kann. Trotz der provozierenden Unlogik dieser Regelung ist es leider versäumt worden, die erforderliche Korrektur der gesetzlichen Bestimmungen anzustreben.

Schon aus dieser quantitativen Ausgangsposition heraus verspricht sich die Opposition vom Fernsehen besondere Erfolgserlebnisse. Die von der CDU/CSU ausgehende und im Rahmen der vorgeschlagenen ARD-ZDF-Parteienvereinbarung akzeptierte Tendenz, die Fernsehwerbung für die Parteien diesmal und in Zukunft nur noch in Zweieinhalb-Minuten-Spots - statt der bisher üblichen Fünf-Minuten-Einblendungen - zu veranstalten, läßt den Schluß zu, daß der Fernsehwahlkampf der CDU/CSU weniger auf Information, sondern eher auf Agitation und Propaganda angelegt sein wird. Hier werden

sich die Geister der Partei-Werber ebenso scheiden wie die der Fernsehzuschauer! Die SPD setzt jedenfalls auf sachliche Information, die auch in Zweieinhalb-Minuten-Spots möglich sein sollte.

Aus ihrer journalistischen Verantwortung heraus haben die öffentlich-rechtlichen Anstalten durch ihre Repräsentanten in den Verhandlungen, von denen hier die Rede ist, eine breite und ausgewogene redaktionelle Behandlung des bevorstehenden Bundestags-Wahlkampfes zugesichert. Darin ist die Bekundung eingeschlossen, die Spitzenkandidaten der im Bundestag vertretenen Parteien in funk- und fernsehgemäßen Formen ihre Positionen darlegen und diskutieren zu lassen. Vor diesem Hintergrund hat der von seiner Gelegenheit - endlich! - überzeugte Kanzler-Kandidat Dr. Barzel in diesen Tagen den Wunsch nach einer Fernseh-Konfrontation mit Bundeskanzler Willy Brandt auf den Markt gebracht.

Das ist weder neu noch überraschend. Der Oppositionsführer geht dabei keinerlei Risiko ein. Er hat nichts zu verlieren, sondern - bei entsprechender Tagesform - nur zu gewinnen. Das hat der schlaue Taktiker Konrad Adenauer gewußt und daraus seine Konsequenzen für den Bildschirm gezogen. Der Bundeskanzler der sozial-liberalen Koalition hat im Gegensatz dazu ein Modell der Fairness und der Chancengleichheit im Fernseh-Wahlkampf 1972 angeboten: In mehreren Fernseh-Diskussionen sollen die Vorsitzenden der im Bundestag vertretenen Parteien von Journalisten befragt und die gleichwertige Möglichkeit zur Darstellung der grundsätzlichen Positionen und der aktuellen Bewertung politischer Vorgänge haben.

Der CDU-Vorsitzenden Dr. Barzel sprach nach diesem noblen Vorschlag des Bundeskanzlers und SPD-Vorsitzenden von einer "guten Nachricht". Rund 24 Stunden später erneuerte er jedoch seine ursprüngliche Forderung nach einem "direkten Streitgespräch" zwischen Kanzler und Kanzlerkandidat.

Zwischen diesen beiden Stellungnahmen lag das obscure Vier-Augen-Gespräch zwischen Dr. Rainer Barzel und F.J. Strauß in Frankfurt/Main. Die Vermutung liegt sehr nahe, daß der Ablauf und die Ergebnisse dieses Gesprächs den offiziellen Oppositionsführer zu der Überlegung gelangen ließen, daß eine Millionen-Zuschauerschaft nicht jenen Politiker/in prominenter Runde in Aktion erleben sollte, der sich kaum eine Gelegenheit entgehen läßt, die tatsächlichen Macht- und Führungsverhältnisse in den "Schwester"-Parteien CDU und CSU ins Licht der Öffentlichkeit zu rücken.

Peking: Das neue Mekka der CDU?

Anmerkungen zur China-Reise Dr. Gerhard Schröders

Von Kurt Mattick MdB

Vorsitzender des SPD-Fraktionsarbeitskreises Auswärtige
und innerdeutsche Beziehungen

Eines sei vorweggesagt: Es ist gut, daß Herr Dr. Gerhard Schröder China besucht. Er unterstreicht damit für die Opposition den Grundsatz unserer Bundesregierung, mit allen Staaten, die dazu bereit sind, gute und geordnete Beziehungen herstellen zu wollen bzw. zu halten.

Lange Zeit stand die DDR zwischen der Bundesrepublik und China. Die Ostpolitik der Bundesregierung hat nun diesen Graben zugeschüttet, so daß Peking in den Beziehungen zur Bundesrepublik wohl keine Belastung der chinesischen DDR-Politik mehr zu sehen scheint. Soweit so gut. Aber uns fällt auf, daß einige in der Bundesrepublik zu vergessen scheinen, daß auch China ein kommunistischer Staat ist. Wir sind gerne bereit zu vergessen, daß Herr Kiesinger im letzten Wahlkampf "China, China, China... die gelbe Gefahr" als besonderen Schrecken an die Wand malte, und daß sehr lange Zeit Taiwan für die CSU das Mekka des Ostens war.

Aber die chinesische Karte gegen die Sowjetunion ausspielen zu wollen, das ist kleinkariert und naiv. Die Reise Schröders als einen Vorgang, der ohne Übertreibung als Weltwende schlechthin bezeichnet werden darf, zu beschreiben, wie es der "Bayernkurier" der CSU tat, das bestätigt wohl mehr die Meldung des Reuternachrichtenbüros aus Peking, in der es heißt: "In diplomatischen Kreisen Pekings herrscht einhellig die Ansicht vor, daß die CDU bei vorgezogenen Wahlen für den Bundestag die Anknüpfung der Kontakte durch Dr. Schröder als Erfolg für sich verbuchen werde."

Dr. Schröder wollte das nicht, wie er es in Peking ausdrücklich erklärte.

Uns kann es nur recht sein. Vor Dr. Schröder war US-Präsident Richard M. Nixon in Peking und Moskau gewesen. Er stellte in Moskau fest, daß die Berlin-Vereinbarung eine entscheidende Voraussetzung für die beginnende Friedenspolitik war. Das aber war nur durch unsere neue Ostpolitik möglich geworden.

(-/ee/21.7.1972/bgy)

+ + +

Dokumentation des SPD-Pressedienstes:

Vor dem Vertrag mit Prag (Fortsetzung und Schluß)

Das SPD-Präsidiumsmitglied Heinz Kühn, SPD-Landesvorsitzender und Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, hat im Auftrage der SPD-Führung beim "Internationalen Freundschaftstreffen" der Saliger-Gemeinde/Gesinnungsgemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten am 16. Juli 1972 in Ulm eine Rede gehalten, die wir ihrer grundsätzlichen Bedeutung halber im Wortlaut veröffentlichen.

Niemand hat das Recht, unsere Pflicht zur Verurteilung der Friedens- und völkerfeindlichen Hitlerschen Unrechtspolitik gegen unsere Nachbarn in aller Welt wegauretouchieren. Aber niemand kann von uns verlangen, daß wir in der rechtlichen Behandlung des Münchner Abkommens eine Formel akzeptieren, die für die Sudetendeutschen, die heute Bürger der Bundesrepublik sind, aber auch für die Sudetendeutschen, die heute noch in ihrer Heimat leben, unzumutbare Rechtsfolgen bedeuten könnte.

Die Sudetendeutschen können für sich beanspruchen und müssen bekennen, was jedes Volk und jeder Volksteil von sich sagen kann und sich sagen lassen muß: Daß territorialistisch-verbrecherische Minderheiten mit Gewalt und Irrsinnsideologien in ganzen Staaten oder regionalen Bezirken in ihrer Geschichte gelegentlich die Macht usurpierten, Unrechtsregime begründeten und Unrechtstaten begingen.

Unsere besondere Schuld und Tragik

Daß wir Deutsche unter einer besonderen Schuld und Tragik stehen: Wer wagt dies zu leugnen!

Daß Deutschland im Dritten Reich zu einem Vulkan der Vernichtung wurde, der seine Lava des Unrechts über alle Grenzen ergoß, wer von uns wird dies vergessen können!

Wir, die wir im Widerstand und Exil Hitlers Unrechtsregime, aber auch die falsche Alliierten-These von der Kollektivschuld der Deutschen bekämpften, werden keine vertraglichen Abmachungen treffen können, die die Sudetendeutschen, seien sie Bürger der Bundesrepublik oder Bürger der ČSSR, in die Gefahrenzone rechtlicher Benachteiligung bringen könnten.

Das Prager Regierungsorgan "Rudé Pravo" hat nach dem letzten Sondierungsgespräch im Hinblick auf die möglichen Rechtsfolgen einer Anerkennung der Ungültigkeit des Münchner Abkommens "von Anfang an" die deutsche Besorgnis mit der Erklärung auszuräumen ver-

sucht: Dies bedeute "unter keinen Umständen", daß dadurch "die Gültigkeit individueller Rechtsakte zwischen Personen oder ihre Familienangelegenheiten berührt würde". Und "Rudé Pravo" hat darüber hinaus ausgeführt, "es sei grundlos und absurd, der tschechoslowakischen Regierung zu unterstellen, sie wolle die ehemaligen Sudetendeutschen vor Gericht stellen".

Dies jedoch trifft alles nur einen begrenzten Bereich der für die Menschen entstandenen rechtlichen Problematik.

In den Sondierungsgesprächen hat die Bundesregierung der CSSR einen Vertrag nach dem Modell des Moskauer Vertrages mit einem Gewaltverzicht und mit einer präzisen gegenseitigen Grenzgarantie angeboten. Sie hat als einen anderen Weg angeboten, diplomatische Beziehungen in Verbindung mit einer Erklärung aufzunehmen, in welcher Verhandlungen über die Probleme des Münchner Abkommens angekündigt werden.

Beide Regierungen befinden sich nun am Ende von fünf Sondierungsgesprächen in der "Denkpause".

In einer zentralen Frage des Münchner Abkommens bedürfen beide Regierungen - Bundesrepublik und CSSR - dieser Denkpause nicht. Die Regierung der Bundesrepublik und die Regierung der CSSR sind sich einig in der Verurteilung der auf die Zerstörung der CSR gerichteten Politik Hitlers.

Die Vorschläge aus Bonn

Wir verstehen sehr wohl die historische, menschliche und politische Problematik, die aus tschechoslowakischer Sicht mit dem Begriff "München" verbunden ist. Die Bundesregierung ist bereit, in einem deutsch-tschechoslowakischen Vertrag eine ausdrückliche und eindeutige Verurteilung der Hitlerschen Politik gegenüber der CSR auszusprechen. Die Bundesregierung ist darüber hinaus zu einer eindeutigen Feststellung bereit, daß sich weder jetzt noch künftig jemand auf das Münchner Abkommen berufen kann, um daraus territoriale Forderungen gegen die CSSR abzuleiten.

Beide Regierungen werden nun die Vertragsmöglichkeiten im Klima der Ostverträge, des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin, der heranreifenden Konferenz über Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit und der beginnenden Ausfüllung dieser Verträge mit wirtschaftlichem, kulturellem und politischem Leben prüfen müssen.

Ich weiß aus meinen Gesprächen in Moskau, Warschau, Bukarest und Budapest, wie sehr man dort an einem deutsch-tschechoslowakischen Vertragsabschluß interessiert ist, der für beide Seiten akzeptabel ist.

"Rudé Pravo" schreibt, daß die Prager Regierung gegen jede Verzögerung der Verhandlungen ist und keinen Grund dafür erblickt, warum ein Abkommen nicht vor den Bundestagswahlen erreicht werden

könnte.

Gewiß, für gute, nachbarliche Beziehungen der Völker ist kein Termin früh genug! Jeder Mosaikstein im großen Bild der europäischen Friedenssicherung muß so schnell an seinen Platz im Weltfriedenssystem gefügt werden, wie es dieses große Werk der Völker erfordert. Aber niemand wird dabei Opportunitätsgesichtspunkte im Blick haben dürfen, wie sie theoretisch beide Seiten vor Wahlen haben könnten. Die Bundesregierung des Friedensnobel-Preisträgers Willy Brandt wird bei ihren Entscheidungen nicht an Wahlen denken, sondern allein daran, daß die gerechtfertigten Rechte und Interessen beider Völker in dem Vertrag gesichert sein müssen.

Ostpolitik auf der Basis der Westintegration

Mit der Ostpolitik parallel gilt es zugleich, die Westpolitik weiterzuentwickeln. Nur auf dem Fundament der westlichen Integration und der festgefügteten westlichen Freundschaft ist die Ostpolitik, die ein Teil der westlichen Weltpolitik ist, überhaupt möglich.

Willy Brandt hat auf der EWG-Gipfelkonferenz in Den Haag im Dezember 1969 einen entscheidenden Anstoß zur Erweiterung der EWG gegeben. Inzwischen ist die Stagnation von 1969 überwunden: Am 22. Januar 1972 unterschrieben Großbritannien, Irland, Dänemark und Norwegen die Beitrittsverträge zur EWG. Damit wird ein Markt geschaffen, in dem 260 Millionen Menschen leben, in dem jährlich Werte in Höhe von 2.300 Milliarden (!) DM erarbeitet werden und der einen Anteil von 40 vH. am Welthandel hat.

Nie hat Deutschland in all seinen geschichtlichen Epochen je einen Staatsmann gehabt, von der politischen Wertschätzung, der moralischen Hochachtung und der menschlichen Respektierung wie Willy Brandt. Ich gehöre nicht zu denen, die den Gegner verkleinern. Adenauer genoß den Respekt in den konservativen Bezirken der westlichen Welt. Willy Brandt in Ost und West, in Nord und Süd. Das bestätigten mir der Außenminister in Japan, der Staatspräsident in Indonesien, der Generalsekretär Breschnjew, Außenminister Peter in Budapest, der Präsident von Mexico und Senatoren der USA bei meinen Gesprächen. Und die Staats- und Regierungschefs Pompidou, Nixon und Heath haben dies immer wieder betont. Die Welt hat ihm diesen Respekt mit dem Friedensnobelpreis bekundet. Aber dies ist keine Garantie künftiger Siege!

Vor dem entscheidendsten Wahlkampf

Wir gehen in den entscheidendsten und heftigsten Wahlkampf der Geschichte der Bundesrepublik. Vor der Seliger-Gemeinde sprechen heißt, nicht nur vor Sudetendeutschen über die Probleme ihrer alten Heimat, sondern vor Sozialdemokraten über die Probleme unserer Zukunft zu sprechen.

Die vor uns liegende Wahl wirft Probleme historischer Dimensionen auf. Es geht nicht nur darum, wer die Abgeordnetensitze besetzt und Ministersessel einnimmt. Zwanzig Jahre nach der Gründung der Bundesrepublik brachte der Herbst 1969 einen Führungswechsel, der mehr war als eine Regierungsänderung.

Große Erwartungen wurden diesem Wechsel entgegengbracht - eine Reformpartei begegnet einem ganz anderen Erwartungshorizont als

eine Bestandspartei. Die eine mit konservativer Erwartung, das Gewordene zum Bleibenden zu machen, die anderen mit der progressiven Erwartung, das Wünschbare schnell zum Verwirklichten zu machen. Die Reformnotwendigkeiten mit dem Blick auf den Horizont 2 000 wurden ins Bewußtsein gerückt. Die Bildungsnotwendigkeiten von Hochschule bis Kindergarten; der Umweltschutz mit der Frage: Ist die Erde noch ein Ort menschlichen Lebens?; Schaffung moderner Krankenhäuser und zukunftsweisende Altenheime unter dem Leitmotiv "Dem Leben mehr Jahre!"...

Ich habe von der herausfordernden Kraftprobe gesprochen, die uns in den Monaten bis Dezember bevorsteht. Wir werden mit der Munition der Diffamierung und den Argumenten des moralischen Scuderains angegriffen werden. Wir werden erleben, daß man uns in ein Amalgam des Radikalismus hincintrühren will: Jungsozialisten - Baader/Meinhof - Sozialdemokratie. Und das, obwohl kein einziges Arbeiterviertel hat observiert werden müssen, um die aus bürgerlichen Denktraditionen kommenden, in anarchistischen Ideologien verstrickten Bürgersöhne und Bürgertöchter, die nur der Reaktion dienen, an ihren wahnwitzigen Verbrechen zu hindern und sie dingfest zu machen.

SPD: Immer ein Opfer der Radikalen!

Die Sozialdemokratie ist in ihrer Geschichte nie die Blutspeerin des Radikalismus gewesen, nicht des rechten, nicht des linken. Nur sein Opfer!

Und ich lasse auch nicht die Jungsozialisten in diesem Galiaschtopf der Verfälschung und Verzerrung rühren! So töricht, so wenig wegweisend, so unrealistisch und so hilfreich für den Gegner manche ihrer Thesen auch sind.

Wir werden auch erleben, daß unter dem Alarmruf von der Volksfront von links - nach der Methode: Halte den Dieb! - die Volksfront von rechts mobilisiert wird.

Unter dem großen Trommler Franz Josef Strauß vollzieht sich die Sammlung der Reaktionen aller politischen Fehlfarben von

Zoglmann bis Thadden. Sie lassen ihre CDU, die einmal von bedeutenden Männern begründet worden ist, zum Anschwemmungsgebiet aller Wrackteile der deutschen politischen Vergangenheit werden. So wie sie schon bereit waren, das Staatsoberhaupt mit den Stimmen der NPD zu wählen.

Dies alles brauchte uns nicht zu schrecken angesichts der eindrucksvollen Leistungsbilanz des Kabinetts Brandt. Allen Schwarzmalereien zum Trotz sind wir das Land mit der international stabilsten Währung, der stärksten Kaufkraftzunahme, der besten Vollbeschäftigungsquote und der höchsten Handelsbilanzüberschußrate.

Aber wir haben alle Veranlassung, uns des tiefen Wahrheitswertes des Wortes zu entsinnen: "Gott schütze uns vor unseren Freunden, vor unseren Feinden werden wir uns selbst schützen!"

Appell an die Solidarität

Die Sozialdemokratie hat sich in ihrer Geschichte vor allen Parteien durch ihre Geschlossenheit, Disziplin und Loyalität ausgezeichnet. Die moderne SPD des Godesberger Programms kann auf diese Tugenden nicht verzichten, weil sie nun nicht mehr Weltanschauungspartei, Kaderpartei oder Klassenpartei, sondern Volkspartei mit weitem weltanschaulichen und sachlichen Spektrum ist.

Gewiß unterscheidet sich die Volkspartei von der Kaderpartei, daß sie auf Nebenmann und nicht auf Vordermann denkt. Wer als sozialdemokratischer Minister wegen einer gewichtigen Sachdifferenz aus dem sozialdemokratisch geführten Kabinett austreten will, kann dies tun; ohne daß er deshalb aufhören muß, ein guter Sozialdemokrat zu sein. Er hat seine Entscheidungsfreiheit nicht an der Garderobe des Kabinetts abzugeben. Die Partei wird ihm dies nicht verübeln dürfen, er aber wird der Partei seine Loyalität bekunden, die der Partei und nicht dem Amt gilt.

Wenn wir uns nicht selbst schwächen, wird der Gegner uns nicht schlagen können. Denn - noch einmal sei es wiederholt: Weder auf dem Gebiet der Außenpolitik noch der Innenpolitik gerade für die arbeitenden Menschen unseres Volkes ist in drei Jahren der Bundesrepublik so viel geleistet worden, wie in den drei Jahren des Kabinetts Willy Brandt.

In diese Leistung ist eingeschmolzen, was die Sozialdemokraten aller Landschaften getan haben: auch die Sudetendeutschen. Euch Dank zu sagen und an Euch als Teil der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu appellieren, bin ich zu Eurem "Freundschaftstreffen" gekommen.
(-/ee/21.7.1972/bgy)